



Vorabinformation: Editorial des BBW-Vorsitzenden Volker Stich im BBW-Magazin Mai 2016

**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

eine neue Landesregierung „steht“, der Koalitionsvertrag auch. Es war ein zähes, umfangreiches Verhandeln. An strittigen Einzelthemen gab es offensichtlich nicht zu viele. So ist zumindest der Eindruck von außen.

Wieder einmal soll die Beamtenschaft zur Kasse gebeten werden. Eingriffe in die Pension, Deckelung bei der Übertragung kommender Tarifergebnisse stehen im Raum. Darin waren sich die künftigen Koalitionspartner einig, wenn gespart werden muss, dann dort, wo es am leichtesten ist, bei der Beamtenalimantation. Wenn sich die beiden Koalitionäre da nicht gewaltig verkalkulieren!? Strukturelle Eingriffe, wie Pensionskürzungen oder eine aufgehende Schere zwischen Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten bergen gerade vor dem Hintergrund jüngster Urteile von Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgericht hohe rechtliche Risiken. Dies ist eine Seite sich aufzeigender Grenzen für die politischen Akteure.

Die andere Seite ist die weiter schwindende Glaubwürdigkeit der großen Volkspartei CDU, aber auch der jüngst zumindest in Baden-Württemberg gewachsenen Grünen. Auf ein und derselben Seite im Koalitionsvertrag (Seite 69) ist zu lesen, dass „in Zeiten des Fachkräftemangels eine Attraktivitätsoffensive für Nachwuchskräfte in den öffentlichen Verwaltungen“ gestartet werde. Ganze acht Zeilen darunter findet sich die Ankündigung, man werde die „Absenkung der Eingangsbesoldung ... im Rahmen der Haushaltsvorgaben bis zum Jahr 2022 (!!!) schrittweise rückgängig“ machen.. Wie passt das alles zusammen, auch und gerade vor der gleichzeitigen Ankündigung von Stellenstreichungen und Wiederbesetzungssperren?! Jedem noch so unpolitischen Zeitgenossen fallen die Widersprüche geradezu ins Auge.

Überhaupt ist der in diesen Wochen festgestellte Haushaltskrater schwer nachvollziehbar. Stiegen nicht die Steuereinnahmen in den vergangenen fünf Jahren um 22 Prozent, alle Welt sprach und spricht von sprudelnden Steuern. Noch nie hatte Baden-Württemberg solche Einnahmen, und dann soll kein Geld da sein für die Stützen des Staates, den öffentlichen Dienst, die Beamtinnen und Beamten?

Jedenfalls waren es nicht die Personalausgaben, die das Land in eine solche Situation manövriert haben. Sie sind im Zeitraum von 2011 bis 2015 gerade einmal um 12 Prozent gestiegen, trotz zusätzlicher Einstellungen und boomender (!) Pensionierungen. Ich überlasse es dem Leser, die einzig richtigen Schlüsse zu ziehen ...

Erinnern wir uns, bis zum Wahltag brüstete sich die Vorgängerregierung solide gehaushaltet zu haben, nach dem „Desaster“ der CDU-FDP-Regierung vor 2011. Moment, das waren doch Erfolgsmeldungen...

Und das soll alles nicht mehr gelten? Hat erneut die Vorgängerregierung ein riskantes finanzielles Erbe hinterlassen? Konnte Finanzminister Dr. Schmid etwa nicht rechnen? Oder hat er gar – gemeinsam mit dem alten und neuen Ministerpräsidenten – uns allen etwas vorgemacht?

Hier geht Vieles an Glaubwürdigkeit zu Bruch, von mehrfach bekräftigten Wahlzusagen will ich schweigen. Wundert es da noch, wenn immer mehr Bürger ihr Vertrauen in die politische Kaste verlieren?

Wir werden nicht nachlassen, unsere Finger in die offenen Wunden zu legen. **Kolleginnen und Kollegen, ich fordere Sie alle auf, gehen Sie in die Regionalkonferenzen, Kreisparteitage und offenen Parteitage von Grünen und CDU und stellen Sie dort die entscheidenden Fragen.** Ich wage mir nicht auszumalen, was noch kommen wird, wenn die Einnahmen wirklich einmal einbrechen? Schafft dann Baden-Württemberg – als entscheidenden „Kostenfaktor“ – seinen öffentlichen Dienst ab? Dies wäre die strikte Konsequenz ... Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte sehen Sie mir den Sarkasmus in meinen letzten Zeilen nach. Bittere Gefühle gilt es zu verdauen.

Noch scheint die Erkenntnis, welche Rolle der öffentliche Dienst, mit Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten, in den vergangenen Jahrzehnten ausgefüllt hat, bei vielen politischen Entscheidungsträgern nicht angekommen zu sein. Allein die Herausforderungen im vergangenen Jahr angesichts des Flüchtlingszustroms scheinen schon zu verblassen. Dazu passen gerade die anvisierten Stellenstreichungen und Wiederbesetzungssperren ...

Mit kollegialen Grüßen

Ihr Volker Stich